

Betrieb & Gewerkschaft

Zum Kitastreik – eine Auswertung „Wir sind es wert“

Von Ingrid Kohlhas | 1. Dezember 2015

Im Frühjahr dieses Jahres waren 240 000 Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst vertreten durch die DGB-Gewerkschaften ver.di und GEW und den DBB (Deutscher Beamtenbund) zum Streik aufgerufen. Sie forderten höhere Eingruppierungen und Gehaltssteigerungen von im Durchschnitt 10%.

Im Frühjahr dieses Jahres waren 240 000 Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst vertreten durch die DGB-Gewerkschaften ver.di und GEW und den DBB (Deutscher Beamtenbund) zum Streik aufgerufen. Sie forderten höhere Eingruppierungen und Gehaltssteigerungen von im Durchschnitt 10%.

Die Summe der Forderungen hätten sich laut Manfred Hoffmann, dem Hauptgeschäftsführer der kommunalen Arbeitgeberverbände, auf 1,2 Milliarden Euro belaufen. 92% der Gewerkschaftsmitglieder, die zum Streik aufgerufen waren, stimmten bei einer Urabstimmung für Streik.

Im Sommer wurden dann vier Wochen lang Kindertagesstätten und soziale Dienste in ganz Deutschland bestreikt. Eltern, Großeltern zeigten sich trotz erheblicher Belastungen und Einschränkungen solidarisch mit den Streikenden. Nachdem es nach wochenlangem Streik zu keinem Verhandlungsergebnis kam, wurde eine Schlichtung eingesetzt. Der Schlichterspruch wurde allerdings in einer Mitgliederbefragung von den ver.di-Mitgliedern abgelehnt.

Das Ergebnis des Schlichterspruchs wurde daraufhin in neuen Verhandlungen nachgebessert. Das nachgebesserte Ergebnis der Tarifverhandlungen vom 30.9. 2015 sah Tarifierhöhungen rückwirkend zum 1.7.2015 für den kommunalen Sozial -und Erziehungsdienst bei Arbeitgebern (die Mitglied eines kommunalen Arbeitgeberverbandes sind) vor.

Diese Tarifierhöhungen betragen für Vollzeitbeschäftigte im Erziehungsdienst zwischen 93 € und 138 € monatlich, für Sozialarbeiterinnen zwischen 30€ und 80€. Das magere Ergebnis für SozialarbeiterInnen wird mit einer Laufzeit von 5 Jahren viel zu lange festgeschrieben. Im Durchschnitt betragen die Gehaltserhöhungen für das „Gros der Beschäftigten“, so die GEW, 3,7%. Die kommunalen Arbeitgeber bezifferten die dadurch entstehenden Mehrkosten auf 315 Millionen Euro.

Leitungskräfte können sich über beachtliche Zuwächse freuen, während die unterste Gehaltsgruppe der Beschäftigten in der Tätigkeit als Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger über alle Altersstufen (Berufsjahre) ein Festgeld von 50€ erhielten, was einer prozentualen Erhöhung zwischen 2,6% und 2,1 % entspricht.

Neben den Gehaltsforderungen ging es bei dem Streik auch darum, den Beruf der Erzieherinnen aufzuwerten. Anvisiert war es, die Eingruppierung der Leitungskräfte zu verbessern, und es ging auch darum, bei Umzug in eine andere Stadt in die alte Gehaltsstufe eingruppiert zu werden.

